

GASTKOMMENTARE

Die Ansichten der Gastkolumnisten können von jenen der Redaktion abweichen.

Polarisierung

Prioritäten setzen statt Politiktheater



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

Bundesrat-Bashing ist einfach und in der Schweiz äusserst populär. Dass ausländische Staatsleute und sogar der amerikanische Präsident Donald Trump unsere Politiker so sehen wie wir, hat uns aber schon ein wenig gekränkt. Warum eigentlich? Und: Sollten wir das mit der Politikerschelte nicht auch sein lassen?

Überhaupt war das World Economic Forum (WEF) stark mit Emotionen beladen. Die ganze Welt zitterte, hoffte, fürchtete und war schliesslich erleichtert darüber, dass Trump auf der Schussfahrt in Richtung eines militärischen Konflikts mit Europa noch eine 180-Grad-Wende zustande brachte.

Und was bleibt? Die einfache Erkenntnis, dass wir uns weniger mit den anderen und dafür mehr mit uns beschäftigen müssen. Wir können weder Trump noch Putin, noch Xi oder die EU verändern.

Das Einzige, was wir ändern können, sind wir selbst. Und da gäbe es genug zu tun, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Das Erfolgsmodell Schweiz muss sich anpassen, um in der neuen Welt, in der mehr und mehr die Macht des Stärkeren gilt und immer weniger das vertraglich Vereinbarte, weiterhin in Freiheit und Wohlstand überleben zu können. Wir müssen unsere Prioritäten diskutieren und neu setzen.

Unser wirtschaftliches Erfolgsmodell beruht auf Eigentumsgarantie, Selbstverantwortung, sozialer Sicherheit und einer starken Orientierung an den Märkten der Welt. Wir müssen aufhören, an diesen Grundpfeilern unseres Erfolgs zu sägen. Und in der Aussenwirtschaft müssen wir uns mehr auf die stark wachsenden Märkte Asiens konzentrieren. Und Europa bleibt, ob wir es wollen oder nicht, auf Jahrzehnte hinaus unser wichtigster Handelspartner.

Im Inland gilt es, wieder zu Produktivitätswachstum in der Wirtschaft zu kommen. Ohne die von den USA direkt zur Abwanderung aufgeforderte Pharmaindustrie steigt unsere Arbeitsproduktivität in der Schweiz seit Jahren nicht mehr. Warum? Weil die Politik uns Unternehmern immer mehr Arbeiten vorschreibt, die für den Kunden irrelevant sind.

Und schliesslich müssen wir den Trend zu immer kürzerer Arbeitszeit stoppen. Nicht weil wir es uns nicht gönnen, weniger zu arbeiten. Sondern ganz einfach, weil wir uns ohne monetisierte Einkommen, die man besteuern kann, unseren Sozialstaat nicht mehr leisten können. Nullwachstum und Ausbau der sozialen Sicherung gehen nicht zusammen.

Unsere Aussen- und Sicherheitspolitik taumelt in Ratlosigkeit vor sich hin. Wer kann ernsthaft glauben, dass wir unsere Neutralität in Europa aufrechterhalten können, wenn wir nur 1 Prozent unseres Volkseinkommens für die Landesverteidigung aufbringen? Das böse Wort des Trittbrettfahrers Schweiz macht die Runde. Unsere Nachbarn, deren fiskalische Spielräume angesichts der neuen Herausforderungen auch aufgebraucht sind, werden uns das zu Recht nicht durchgehen lassen.

Die Liste der Herausforderungen ist lang. Dazu gehören sicher auch der Klimawandel, die Stromversorgung und unsere zukünftigen Bildungseinrichtungen. Es gibt viele Dinge, die wir tun sollten. Die brutale Wahrheit ist aber: Wir werden uns nicht alles leisten können.

Deswegen braucht es eine neue Debatte über die Prioritäten in unserer Politik. Der Fundamentalismus der Debatten der letzten Jahre wird uns nicht weiterbringen. Die Polarisierung unserer Politik vernichtet das Fundament der Gesellschaft. Was zählt, sind Realismus, Geschwindigkeit und eine vorwärtsgerichtete Kompromisskultur. Schaffen wir das nicht, ist nicht nur der Spott des Auslands gerechtfertigt. Unsere politische und wirtschaftliche Existenz wird infrage gestellt.

Reichtum

Wenn Vermögenszuwachs am Gewissen nagt



Karin Kofler
Freischaffende Publizistin

«Selbstkritik ist in der Liga der Superreichen schon mal ein Anfang.»

genügend politischen Einfluss zu nehmen, um ihre Position weiter zu stärken.

Künstliche Intelligenz droht diese Entwicklung noch zu beschleunigen. Die Ultrareichen, darunter die Eigentümer der grossen Techkonzerne, mehrten ihr Vermögen exponentiell. «Die ersten Gewinne fliessen bereits jetzt an die Eigentümer der Modelle, an die Eigentümer der Daten und an die Eigentümer der Infrastruktur», warnte Fink. Die Folgen spürt die breite Masse – auf dem Arbeitsmarkt, bei White-Collar-Jobs, deren Ver-

lust diesmal nicht nur die Geringqualifizierten trifft. Das birgt Risiko für den sozialen Frieden und ist wirtschaftlich nicht nachhaltig.

Vermutlich mehren sich deshalb die kritischen Töne selbst bei den Profiteuren des Systems. Das Offenkundige der Ungleichheit kann nicht mehr ignoriert werden. Urs Wietlisbach, Mitgründer der in Zug domizilierten Partners Group und selber Multimilliardär, warnte kürzlich am Wirtschaftspodium Limmattal in für einen Mann seiner Position ungewohnt deutlicher Manier vor einer «grossen» Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit KI. Die Anwesenden seien sich gar noch nicht bewusst, was da auf uns zukomme. Angesichts dieser Perspektiven sowie bereits spürbarer Phänomene wie etwa unbezahlbaren Wohnraums und tieferer Renten wird das kapitalistische Versprechen vom sozialen Aufstieg zunehmend unglaubwürdig. Es wundert deshalb nicht, dass bei der Generation Z in westlichen Ländern das Modell des Kommunismus wieder vermehrt auf Sympathien stösst.

«Eigentlich haben wir die Adels Herrschaft abgeschafft. Heute leben wir jedoch wieder im Feudalismus, in dem der Geldadel dominiert», bilanziert die Berliner Politologin Martyna Linartas in einem «Spiegel»-Interview. Sie forscht zum Thema Vermögen und Ungleichheit.

Der Kapitalismus ist also wieder einmal unter Beschuss. Es müssten mehr Menschen zu Eigentümern des Wachstums werden, statt nur Zuschauer zu sein, Wohlstand müsse neu definiert werden, appellierte Blackrock-Chef Larry Fink in Davos an die anwesenden Wirtschaftsführer und Politikerinnen – ohne konkret zu werden, wie das geschehen soll. Aber in dieser Liga ist Selbstkritik ja schon mal ein Anfang.

«Keine 10-Millionen-Schweiz»

Wegschauen und zuwarten?

Dieses Jahr stehen wir vor der Abstimmung über die SVP-Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz», die unter dem Kürzel «Nachhaltigkeits-Initiative» läuft. Eine frühe Onlineumfrage im Dezember 2025 zeigte, dass von den Abstimmungswilligen eine knappe Mehrheit für diese Initiative stimmen will.

Die Kampfpaparen der Parteien gegen diese Initiative sind beschlossen und nicht mehr verrückbar, nachdem das Parlament einen kompromissbezogenen Gegenvorschlag der Mitte-Partei abgelehnt hatte. Bundesrat und ablehnende Parteien verlassen sich auf die mit Economiesuisse-Geldern finanzierte Gegenkampagne. Man redet von «Chaos-Initiative», hat aber keine neuen, vertrauensbildenden Massnahmen anzubieten. Damit ignoriert man die Sorgen und Bedenken gegenüber der Zuwanderung, die in allen politischen Lagern weit verbreitet sind.

«Die Schweiz ist wachstumsmüde», erklärte die NZZ mit Hinweis auf die Sorgen rund um die Zuwanderung. Das auf Zuwanderung basierende Wachstumsmodell erhöht das Bruttoinlandsprodukt, aber es bringt Gewinner und Verlierer. Je nach Region gehören die untersten 20 bis 40 Prozent der Bevölkerung seit einem Jahrzehnt zu den Verlierern beim realen Einkommen, weil der Teuerungsausgleich die überproportional steigenden Mieten und Krankenkassenprämien nicht kompensiert. Das wird von rechts her auch politisch bewirtschaftet.

Wie reagiert der Bundesrat? 2024 beauftragte er den «Migrationsminister» Beat Jans, Vorschläge gegen die SVP-Initiative zu erarbeiten. Als dieser dann einen etwas hilflosen Massnahmenplan mit Familienzulagen und Kita-Prämien präsentierte, wurde er ausgebremst. 2025 beschloss die Regierung, auf ein griffiges gesetzliches Massnahmenpaket ganz zu verzichten. Geblieben sind bloss verbale Absichtserklärungen ohne gesetzliche Absicherung sowie eine kleine Aufstockung des «Fonds de Roulement» für den Wohnungsbau.

Was wären sinnvolle und pragmatische Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Zuwanderung, um die Jahrzehnte andauernde



Rudolf Strahm
Ehemaliger Preisüberwacher

«Bei der Zuwanderung braucht es mehr politischen Druck.»

Polarisierung zu entschärfen und längerfristig zu bewältigen?

Erstens steht der Wohnungsbau im Vordergrund. Das Bundesamt für Wohnungswesen hat vorgerechnet, dass seit 2015 rund 60 Prozent der Haushaltneugründungen auf die Zuwanderung zurückzuführen sind.

Kein Staat kann so hohe Zuwanderungsraten bewältigen ohne Fördermassnahmen beim Wohnungsbau. Ich denke an eine massive Aufstockung des «Fonds de Roulement» für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Aber das genügt nicht. Es braucht auch private und institutionelle Wohnbauinvestoren bei Ein- und Aufzonen. Mit einem planerischen Pflichtanteil für kostengünstige Wohnungen mit Kostenmiete kann man sie ins Boot holen. Das lässt sich mit den Aufzonen gewinnen finanzieren und erweist sich meist als erfolgreich.

Das Raumplanungsgesetz von 2013 muss unverzüglich revidiert werden, denn in den

Agglomerationen sind die Baulandreserven ausgeschöpft. Das treibt die Baulandkosten auf heute rund 40 Prozent der Neubaukosten. Auch dringend sind Beschränkungen von Einsprachen und Rekursen durch den Bund, die notabene meist von benachbarten Hauseigentümern ausgehen.

In der Wohnbaupolitik braucht es mehr Führung. Mit einer «Delegation Wohnbau» mit den drei zuständigen Departementschefs WBF (Parmelin), Urek (Rösti) und EJPD (Jans) muss die Konsequenz aus zwei gescheiterten runden Tischen gezogen werden.

Zweitens braucht es mehr Bundesengagement und Pflichten bei der Integration von Asylpersonen und Personen aus dem Familiennachzug. Bei den erwerbsfähigen erwachsenen Asylpersonen mit Ausweis B sind nach sieben Jahren immer noch 48 Prozent ohne Erwerb! Und jährlich kommen 20 000 Erwachsene über den Familiennachzug in die Schweiz! Das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG, Art. 58b) böte mit der «Integrationsvereinbarung» ein wirksames Mittel für Anforderungen und Pflichten. Der Artikel ist aber toter Buchstabe. Nur Sozialleistungen für Zugewanderte ohne die Kombination von «Fordern und Fördern» ist Gift gegen jede Integration.

Drittens gilt spezielles Augenmerk der Ausbildung im Gesundheitsbereich. Das Schweizerische Rote Kreuz hat mit der niederschweligen Ausbildung von Pflegehelferinnen SRK Pionierarbeit geleistet und schon Tausende von Pflegehelfenden für die Heime ausgebildet.

Die Bevölkerung hat heute das Gefühl, die Regierung habe die Zuwanderung «nicht im Griff», und sie tue zu wenig. Es braucht mehr politischen Druck. Die abzulehnende, angeordnete Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU ist nicht der Weg. Der Weg wäre eine aktivere Zuwanderungspolitik mit flankierenden Massnahmen fürs Wohnen, für die Ausbildung, bei der Pflege, in den Schulen. Wenn nur der politische Druck vorhanden wäre!